

Kinder schützen – Jugendhilfe stärken!

Koblenzer Resolution für einen
bedarfsorientierten Kinderschutz



Verabschiedet am 16. Juni 2009 an der Fachhochschule Koblenz

Kinder schützen – Jugendhilfe stärken!

Koblenzer Resolution für einen bedarfsorientierten Kinderschutz

Verabschiedet am 16. Juni 2009 an der Fachhochschule Koblenz

Kinder und Jugendliche haben das gesetzlich verbriefte Recht, vor Gefahr, Gewalt und Willkür geschützt zu werden. Dieses Recht wird durch eine problematische Finanzierungspraxis ausgehöhlt. Die Unterzeichner fordern die Verantwortlichen in Staat und Politik auf, die Kinder- und Jugendhilfe endlich auf ein solides finanzielles Fundament zu stellen.

Jede Woche sterben in Deutschland Kinder an den Folgen von Gewalt und Missbrauch. Es ist weithin unbekannt, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen in erster Linie von der Finanzkraft der Kommunen abhängt. Doch deren Steuereinnahmen sind eng an die wirtschaftliche Entwicklung gekoppelt. Oftmals entscheiden Jugendämter nach Finanzlage und nicht nach dem fachlichen Bedarf. Prävention kommt zu kurz. In der jetzigen Wirtschaftskrise wird die ohnehin schon prekäre Situation noch dramatischer.

Dies muss im Sinne einer menschlichen Gesellschaft und vor allem im Interesse der Kinder und Jugendlichen geändert werden. Dazu sind die folgenden Reformen nötig:

- Die Kinder- und Jugendhilfe braucht eine solide Finanzierung, die unabhängig von der kommunalen Haushaltssituation ist.
- Leistungen und Maßnahmen der Jugendhilfe müssen nach fachlichen Kriterien und im Sinne des Kindeswohls entschieden werden und nicht nach der Einnahmentwicklung in den Kommunen.
- Für die Jugendämter müssen bundeseinheitliche Qualitätsstandards sowie Mindeststandards für Personal- und Mittelausstattung festgelegt werden.

Wir als Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Resolution tragen in vielfältiger Weise Verantwortung für das Wohl und die Interessen von Kindern: in Kommunen, in Wissenschaft, Schulen und in der Kinderbetreuung, in Justiz, Polizei, im Gesundheitswesen und in den Medien.

Von den Vertreterinnen und Vertretern in Staat und Politik fordern wir, dass sie ihrer Verantwortung für einen wirksamen Kinder- und Jugendschutz besser gerecht werden, gerade in Zeiten der Konjunkturkrise.

Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner:



Dr. Sibylle Banaschak
Institut f. Rechtsmedizin,
Universitätsklinik Köln



Dr. Kathinka Beckmann
Fachhochschule Koblenz



Felix Berth
Süddeutsche Zeitung,
München



Prof. Dr. Daniela Braun
Fachhochschule Koblenz



Claus Gollmann
KID in Düsseldorf gGmbH
Hilfe für gewaltgeschädigte



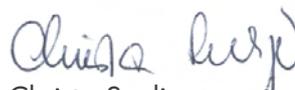
Johannes Krakau
Heinrich-Böll-Schule,
Frechen



Wilfried Nodes
Chefredakteur „Forum Sozial“
Essen



Prof. Dr. Armin Schneider
Fachhochschule Koblenz



Christa Seeliger
Familienrichterin a.D.
Bonn



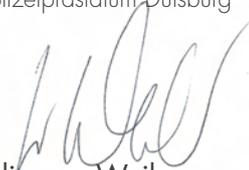
Heinz Sprenger
Leiter des Kriminalkommissariats 11,
Polizeipräsidium Duisburg



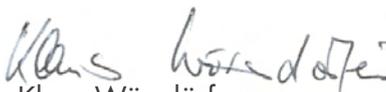
Prof. Dr. Christoph Strünck
Universität Siegen



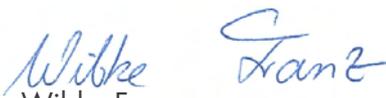
Jens Volkmer
Jugendamt Mönchengladbach



Julia von Weiler
Verein „Innocence in Danger e.V.“,
Köln



Klaus Wörsdörfer
Sozialarbeiter,
Berlin



Wibke Franz
Dipl.-Pädagogin /
akad. Sprachtherapeutin



Nina Ritter
Studentin



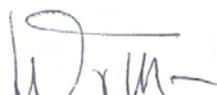
Frederik Wetter
Student



Sebastian Klein
Artdirector i. e. Werbeagentur,
Gummersbach



Evelin Engel
Studentin, Dipl.



Dr. Detlef Wardelmann
Dipl.-Soz.-Päd. (FH)



→ Postanschrift des Vereins:

Bonner Str. 106
40589 Düsseldorf

Telefon: 0211-8796430

Internet: www.jedewoche3.de
E-Mail: post@jedewoche3.de

→ Spendenkonto:

Kto.-Nr. 240 774 000

BLZ 440 400 37
Commerzbank Schwerte

→ Ansprechpartner:

Dr. Kathinka Beckmann,
1. Vorsitzende

E-Mail: beckmann@jw3.info

Cornelia Schulte-Schilling,
2. Vorsitzende

E-Mail: schulte-schilling@jw3.info

Daniel Hannig,
Kassierer

E-Mail: hannig@jw3.info